

Kosovo-/Jugoslawienkrieg - Die Wahrheit muss ans Licht!

von Clemens Ronnefeldt

Friedliche Lösung des Kosovo-Konflikts war möglich

In einem Brief an Erhard Eppler, der den Militäreinsatz im Kosovo befürwortete, zitiert der Direktor des Hamburger Friedensforschungsinstitutes IFSH Dieter S. Lutz einige Quellen, die die Bundesregierung wie auch die NATO-Staaten insgesamt in einen Erklärungsnotstand bringen könnten (Die Woche", 2.7.99): "Ich beginne mit dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen vom 13. Oktober 1998. Vierzehn Tage nach Abschluss dieser Vereinbarung ging NATO-Generalsekretär Solana am 27. Oktober 1998 mit folgender Einschätzung an die Öffentlichkeit: `Erfreulicherweise kann ich nun berichten, daß in den letzten 24 Stunden mehr als 4000 Angehörige der Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind. ... Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten. ... Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten`".

Lutz lässt den vormaligen, seinerzeit für die vereinbarte OSZE-Mission zuständigen deutschen Brigadegeneral Heinz Loquai ausführlich zu Wort zu kommen: "Für die OSZE waren Rekrutierung und Stationierung einer so großen Mission Neuland. Es gab daher Friktionen und Verzögerungen. Außerdem wurden Entscheidungen in der von Briten und Amerikanern dominierten Mission sehr langsam getroffen. So warteten zum Beispiel deutsche Beobachter mitunter wochenlang, bis sie akzeptiert wurden. Die jugoslawischen Behörden ... mahnten sogar eine schnellere Stationierung der OSZE-Mitarbeiter an, versprachen sie sich davon doch auch eine Kontrolle der UCK. Und dennoch: Die sichtbare internationale Präsenz an Brennpunkten des Geschehens trug zur Entspannung der Lage bei, ließ die Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurückkehren. (...) Doch es gab ein Problem, auf das anscheinend niemand vorbereitet war. Die UCK, die sich an die Vereinbarungen nicht gebunden fühlte, rückte dort ein, wo die Jugoslawen abgerückt waren. Von jugoslawischer Seite wurde wiederholt erklärt, wenn die UCK weiterhin das geräumte Gebiet besetze, werde das zu Reaktionen führen. Der deutsche Botschafter in Belgrad, Wilfried Gruber, appellierte an Bonn, den deutschen Einfluss auf die Kosovo-Albaner geltend zu machen und den Worten auch Taten folgen zu lassen. ... Aber die USA schienen ein militärisches Eingreifen schon vor den

Rambouillet-Verhandlungen fest im Blick zu haben. ... Fixpunkt dabei war der Gipfel in Washington zur Feier des 50-jährigen Bestehens der Allianz. Auf dieses strahlende Ereignis sollte nicht der Schatten eines ungelösten Kosovo-Problems fallen. Deshalb schien es auch, vier Wochen vor dem Fest, höchste Zeit zu sein, entschlossen zu handeln" (Die Woche, 2.7.99).

In der FR-Dokumentation vom 22.9.99 ("Die Chronik eines nicht verhinderten Krieges") wurde Heinz Loquai noch präziser: "Die Ereignisse zeigen, dass durchaus Möglichkeiten für eine friedliche Lösung des Kosovo-Konfliktes bestanden. Greifbar nahe war diese Chance in der Zeit von Mitte Oktober bis Anfang Dezember 1998. In diesen Wochen befand sich die Bundesrepublik Jugoslawien auf Friedenskurs. Die Tauben hatten dort offenbar die Oberhand gewonnen. Es wäre nun erforderlich gewesen, auch die Kosovo-Albaner auf diesen Weg zu bringen oder zu zwingen. Eine rasche, flächendeckende Stationierung der OSZE - Mission hätte den Weg zum Frieden absichern können. Beides ist nicht gelungen. Doch auch danach gab es immer wieder relative Ruhe und Chancen für eine friedliche Lösung des Konflikts. Zwar zogen die Falken ab Dezember 1998 schon wieder ihre Kreise. Beide Konfliktparteien eskalierten die Gewalt. Die UCK sah sich ihrem Ziel, das sie beharrlich verfolgt hatte, ganz nah: einem Nato-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Die jugoslawischen Hardliner zielten darauf ab, die UCK und ihre gesamte Infrastruktur zu eliminieren. Beide Parteien nahmen auf die Zivilbevölkerung wenig Rücksicht, sie wurde für die jeweiligen Zwecke instrumentalisiert. Eine von langer Hand vorbereitete systematische Vertreibung der kosovo-albanischen Bevölkerung ist jedoch nicht erkennbar. Die OSZE konnte die Konflikte immer wieder einhegen und die Lage von Fall zu Fall stabilisieren. Doch ab Mitte Januar wuchs der Druck in Richtung einer militärischen Lösung aus der Nato, allen voran die USA, rapide. ... Außerdem konnte ja ein militärisches Eingreifen der Nato ohne UN-Mandat faktisch einen Anspruch bestätigen, den die USA bisher in den Verhandlungen über eine neue Bündnisstrategie noch nicht durchzusetzen vermocht hatten". Brigadegeneral Loquai fasste seine Analyse in der NDR-4-Sendung "Streitkräfte und Strategien" am 22.5.99 folgendermaßen zusammen: "Vertreibungen und Flüchtlingsströme setzten ein, nachdem die internationalen Organisationen das Kosovo verlassen und die Angriffe begonnen hatten. D.h. der Krieg verhinderte die Katastrophe nicht, sondern machte sie in dem bekannten Ausmaß erst möglich. Die Frage, wie und warum die zweifellos vorhandenen Chancen zum Frieden verspielt wurden, ist dabei nicht nur historisch interessant. Sie ist wichtig für die zukünftige Gestaltung des Friedens in der geplagten Region. Der Frieden wurde u.a. verspielt, - weil die meisten NATO-Staaten einseitig Partei gegen die Serben und für die Kosovo-Albaner nahmen. Hierdurch stärkte und ermunterte man die UCK, und man förderte selbst bei gemäßigten Serben den Eindruck, daß die NATO ohnehin die Sache der Albaner betreibe, - weil die Europäer den USA zu gefügig waren und den aufgebauten Zeitdruck hinnahmen, ohne sich der allmählichen Militarisierung der Politik zu widersetzen. -weil die NATO glaubte,

durch ihre Luftangriffe Milosevic innerhalb kurzer Zeit zum Nachgeben zu zwingen und die Durchhaltefähigkeit eines diktatorischen Regimes unterschätzte. - weil die politische und militärische Führung der NATO außer acht gelassen hatte, dass der Einsatz allein von modernen Kampfflugzeugen gegen bewegliche, aus guter Deckung operierende Bodenziele risikoreich, aufwendig und von sehr begrenzter Wirkung ist. Fahnenjunker lernen diese Binsenweisheit auf der Offizierschule."

Lügen legitimierten Nato-Bombardierungen

Dieter Lutz untermauert die Aussage, dass die Massenflucht nicht Anlass des Nato-Bombardements, sondern erst durch dieses ausgelöst wurde, im Brief an Erhard Eppler auch mit der Lageanalyse des Auswärtigen Amtes vom 19. März 1999: "Der Waffenstillstand wird von beiden Seiten nicht mehr eingehalten.... Im Rahmen von lokalen Operationen der jugoslawischen Armee (VJ) gegen die UCK kam es in den letzten Tagen auch wiederholt zu vorsätzlichem Beschuss von Dörfern. Stets wurde zuvor die Bevölkerung zum Verlassen der Ortschaften aufgefordert, was diese auch tat. UNHCR und KVM (Kosovo -Verifikations-Mission der OSZE, Anm: C.R.) berichten übereinstimmend über eine systematische Vorgehensweise der VJ bei der Zerstörung von Dörfern mit dem Ziel, durch gezielte Geländebereinigung sämtliche Rückzugsmöglichkeiten für die UCK zu beseitigen ... Die Zivilbevölkerung wird, im Gegensatz zum letzten Jahr, in der Regel vor einem drohenden Angriff durch die VJ gewarnt. Allerdings ist laut KVM die Evakuierung der Zivilbevölkerung vereinzelt durch lokale UCK- Kommandeure unterbunden worden. Nach Beobachtungen des UNHCR ebnet die VJ die Dörfer entgegen der Vorgehensweise im letzte Jahr nicht völlig ein und zieht ihre Kräfte nach Beendigung der Aktionen rasch wieder ab. Nach Abzug der serbischen Sicherheitskräfte kehrt die Bevölkerung meist in die Ortschaften zurück. UNHCR schätzt, dass bisher lediglich etwa 2000 Flüchtlinge im Freien übernachten müssen. Noch ist keine Massenflucht in die Wälder zu beobachten. Von Flucht, Vertreibung und Zerstörung im Kosovo sind alle dort lebenden Bevölkerungsgruppen gleichermaßen betroffen. Etwa 90 vormals von Serben bewohnte Dörfer sind inzwischen verlassen. Von den einst 14.000 serbisch-stämmigen Kroaten leben nur noch 7000 im Kosovo. Anders als im Herbst/Frühwinter 1998 droht derzeit keine Versorgungskatastrophe".

Zur Begründung des Nato-Angriffes wurde u.a. der sogenannte "Hufeisenplan" und Berichte über Massengräber herangezogen. Westliche Politiker verwiesen darauf, dass die Regierung Milosevic bereits lange vor dem Beginn der Bombardierungen am 24.3.99 die systematische Vertreibung der albanischen Kosovaren gemäß des "Hufeisenplans" vorbereitet habe und die NATO einem Völkermord hätte zuvorkommen müssen.

Wie der Spiegel in seiner Ausgabe 2/2000 berichtete, "wurde der Plan den Deutschen von Sofias Außenministerium zugespielt und stammt aus der Giftküche des bulgarischen Geheimdienstes - die Bulgaren, einst berühmt für die Regenschirm-Attentate ihrer Schlapphüte, bemühten sich während des Kosovo-Krieges besonders um Nähe zur Nato: Sie wollen bald in die Organisation aufgenommen werden". "11 000 Tote in Massengräbern - Haager Tribunal legt Zahlen aus Kosovo vor", berichtete die FR am 3.8.99. Einen Tag später korrigierte sich die Frankfurter Rundschau: "Kouchner habe nur eine mögliche Opferzahl genannt, die auf Berichten über Massengräbern und Daten verschiedener Quellen basiere, sagte seine Sprecherin ... Das Tribunal in Den Haag dementierte diese Angaben noch am gleichen Abend und betonte, es habe bislang keine entsprechende Zahl genannt" (FR, 4.8.99).

Nach der vorläufigen Bilanz des UN-Kriegsverbrechertribunals wurden bis November 1999, als die internationalen Gerichtsmedizinerteams ihre Arbeit vorläufig beendeten, 2108 Leichen an 195 Stellen im Kosovo exhumiert (taz, 3.12.99). Dabei ist bis heute unklar, welcher Seite die Getöteten angehören - und ob es sich um Opfer der serbischen Polizei und Armee, der UCK oder der Nato handelt. Die Zahl der Todesopfer in der übrigen Bundesrepublik Jugoslawien ist nach wie vor unklar. Eine erste unabhängige Untersuchung der in New York ansässigen Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" nennt nach umfangreichen Vor-Ort-Recherchen zwischen 488 und 527 getötete Zivilisten in Jugoslawien (ohne Kosovo) (taz, 8.2.99).

Am 3.12.99 erschien die "taz" mit einer ganzen Seite unter der Überschrift: "Kosovo: Es gibt keine Hinweise auf ein massenhaftes, systematisches Töten von Kosovo-Albanern. Das jedenfalls behaupten das US-amerikanische Stratfor-Institut und spanische Pathologen, die im Auftrag des Kriegsverbrechertribunals Gräber untersuchten". Wie die Bilanz der UN zeigt, erwiesen sich bisher viele geschätzte Opferzahlen der Nato wie auch der "Gesellschaft für bedrohte Völker" als unrichtig, ebenso die behauptete Existenz von Konzentrationslagern. "Mit den Flüchtlingen wurden politische Spielchen betrieben" titelte "Die Welt" bereits am 18.6.99 und ließ den deutschen Arzt Richard Munz, der im mazedonischen Flüchtlingslager Stenkovac für insgesamt 60.000 Flüchtlinge mitverantwortlich war, ausführlich zu Wort kommen: "Ich glaube, dass der Flüchtling an sich für die Journalisten überhaupt nicht wichtig gewesen ist. Die Einseitigkeit diente wohl nur dazu, die deutsche Beteiligung als Nato-Staat irgendwie zu rechtfertigen und zu untermauern". ..."Ich glaube sicher, dass es Massaker gegeben hat. Ich bezweifle aber, ob man sich einen Gefallen tut, wenn man ganze Dimensionen verschiebt. Man verglich diese Massaker auf eine Weise, die so nicht angemessen ist. Zum Beispiel mit Auschwitz. Das wird man in Zukunft wohl korrigieren müssen. Mit den Flüchtlingen wurden meiner Ansicht nach politische Spielchen betrieben. Im Grunde hat man damit diese Menschen und ihre realen Leiden ein Stück weit entwertet".

USA wollten den Krieg

In einem Interview der Mainzer Rheinzeitung (30.8.99) berichtete Willy Wimmer (CDU), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und ehemaliger Staatssekretär im Verteidigungsministerium (1988-92): "Es gibt undementierte Zitate, dass Gerhard Schröder im Oktober zu Joschka Fischer sinngemäß gesagt hat: 'Die Amerikaner wollen den Krieg. Wenn Du Außenminister werden willst, musst du das mitmachen'. ... Es gibt auch andere Indizien für diese Ausgangslage: Es gab zuvor NATO-Überlegungen, im Kosovo bis zu 200 000 Mann zu stationieren. Es galt also, den Anlass zu finden. Das Elend haben wir dann gesehen".

Die Wochenzeitung "Jungle World" (30.6.99) fragte den norwegischen Friedensforscher Johan Galtung: "Sie haben behauptet, die Entscheidung für den Krieg sei im frühen Herbst des vergangenen Jahres gefallen", worauf Galtung antwortete: "Man nennt jetzt den August 1998, eine Sitzung des Republican Foreign Policy Committee im amerikanischen Senat. Gerhard Schröder soll es im Oktober erfahren haben. ... Das Republican Committee hat gesagt, man müsse einen Anlass haben. Und das müsse medial verwertbar sein, sonst ginge das nicht. Also hat man gewartet bis Racak. ... Dazu muss man sich den Lebenslauf Walkers (OSZE-Missionschef, Anm: C.R.) anschauen. Er war als CIA-Mann derjenige, der die 'schwarze Arbeit' machte. Er war eine Woche vor dem Militärputsch 1987 auf Fidschi, er war in El Salvador und Nicaragua, und er war derjenige, der Fakten produziert hat, wodurch man die interventionistische Politik der USA legitimieren konnte".

Wolfgang Petritsch, österreichischer Botschafter in Belgrad, seit Oktober 1998 EU-Sondergesandter für das Kosovo, seit Juli 1999 Hoher Repräsentant der EU für den Wiederaufbau in Bosnien-Herzegowina, nannte Walker "eine personalpolitische Fehlentscheidung" und meinte in einem Interview (Jungle World, 7.7.99 "Walker war ein Cowboy"): "Vielleicht war Polen als damaliger Vorsitzender der OSZE auch überfordert. Die Amerikaner haben ihnen überall dreingeredet. Das habe ich auch spüren müssen: Als Richard Holbrooke mit dem jugoslawischen Außenminister Jovanovic das Abkommen über die Implementierung der OSZE geschlossen hat, rief er mich erst danach an. Obwohl ich damals schon EU-Sonderversmittler war. Dann kam ich mit dem russischen und dem polnischen Botschafter zu ihm, und er hat uns vor vollendete Tatsachen gestellt: Wir Amerikaner stellen den Head of Mission, und die Europäer und die Russen können ja jeweils einen Stellvertreter für die Missionsleitung stellen. Aber man muss auch den Europäern den Vorwurf machen, sich zu wenig engagiert, zuwenig mitgestaltet zu haben. ... Es gibt eben eine Tradition der Amerikaner, Militärs in Zivilkleider zu stecken, das gleiche gilt auch für die Briten".

Amerikanische und britische Special Forces, als OSZE-Kontrolleure getarnt, haben die OSZE offensichtlich als "Trojanisches Pferd" benutzt (Intelligence, 31.4.99). OSZE-Mitarbeiter wurden von US-Vertretern der Mission gebeten, das amerikanische Satellitensystem "Geographic Positioning System" (GPS) zu benutzen, mit dem man exakte Positionsbestimmungen durchführen kann - zur eigenen Evakuierung wie auch zur Zielmarkierung für Cruise Missiles. Der Schweizer Geologe und OSZE-Beobachter Pascal Neuffer erklärte: "Wir waren uns von Anfang an darüber im klaren, dass die Informationen, die im Laufe unserer Mission bei den OSZE-Einsätzen gesammelt wurden, die Satellitenbilder der NATO vervollständigen sollten. Wir hatten den sehr scharfen Eindruck, für die Nato zu spionieren" (in: K. Bittermann/Th. Deichmann (Hg.), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben, Berlin 1999, S. 55).

Willy Wimmer kommt das Verdienst zu, gegen den breiten "Medienstrom" geschwommen zu sein. Bereits am 12.1.99 sagte er im Deutschlandfunk: "Wir haben in den zurückliegenden Monaten, vielleicht anderthalb Jahren gesehen, dass die Europäische Union mit ihrer Politik der autonomen Maßnahmen gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien erfolgreicher war, als befreundete Staaten das eigentlich haben wollten. Wir wären im März vergangenen Jahres wesentlich weitergekommen, auch in Zusammenhang mit einer Lösung die den Albanern im Kosovo entgegenkommt, wenn man die Europäische Union einfach nur gelassen hätte. Aber hier durften bestimmte Ergebnisse offensichtlich nicht erzielt werden, und deswegen ist das auch nichts geworden. Das hängt nicht mit Herrn Milosevic zusammen. Das ist natürlich der böse Bube, auf den man mit dem Finger zeigen kann. Das ersetzt nur keine Politik. ... Möglicherweise - und dafür gibt es hinreichende Nachweise auf dem Balkan - verfolgt man mit der Balkanpolitik ganz andere Ziele. ... Man sagt immer wieder in Europa, die Europäer bringen nichts zustande, und deswegen müssen die Vereinigten Staaten einspringen. Man muss oft den Eindruck haben, dass die Europäer deshalb nichts zustandebringen dürfen, damit die Vereinigten Staaten hier eingreifen können".

Oberstleutnant Jürgen Rose, Mitarbeiter im Luftwaffenamt der Bundeswehr, verfasste am 24.11.99 einen Beitrag in der "Berliner Zeitung", in dem er unter der Überschrift "Warum die Nato angriff" Hintergründe des Spannungsverhältnisses zwischen den USA und Europa herausarbeitete: "Die Wirtschaftsmacht Europa dürfte zu einer ernsthaften Herausforderung für die Hegemonialansprüche der Supermacht USA werden. Zudem treibt die EU seit geraumer Zeit unter dem Rubrum der 'Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität' den Aufbau eigenständiger militärischer Kapazitäten voran. Forderungen nach der Gründung einer europäischen Rüstungsagentur werden immer nachdrücklicher erhoben, und gelegentlich werden auch schon Rufe nach einer gemeinsamen europäischen Armee laut. In einer solchen Situation geökonomischer Konkurrenz gepaart mit der potenziellen Ablösung des Exklusivitätsstatus der Nato, bot und bietet sich für die amerikanische Administration

zwingend die Instrumentalisierung der Konfliktlagen im südosteuropäischen Raum als effektive Option an: Der unliebsame Konkurrent, der ein vitales Interesse an der Stabilität seines "Hinterhofes" haben muss, soll langfristig in dieser Region gebunden werden. Nicht unerhebliche diplomatische, finanzielle und militärische Ressourcen der EU sollen dort absorbiert werden, wo dies für die USA erstens kontrollierbar geschieht und zweitens ihren Interessen nicht direkt zuwiderläuft. (...) Mit dem Interventionskrieg im Kosovo gelang es den USA in hervorragender Weise, die EU intensiv und auf lange Zeit in die Konfliktlagen auf dem Balkan zu verstricken. Indem die USA die Kompetenz für die operationelle Durchführung dieses Krieges reklamierten, schoben sie zugleich den Europäern die Verantwortung für den Wiederaufbau und die zukünftige Entwicklung der Region zu. Im Vergleich zu den damit verbundenen Kosten - Schätzungen schwanken zwischen 35 und 100 Milliarden Dollar - stellen die seitens der USA in diesen Krieg investierten Aufwendungen - man spricht von vier Milliarden Dollar - in der Tat 'Peanuts' dar. (...) Fazit: Der Interventionskrieg der Nato gegen Jugoslawien war mitnichten jener rein humanitäre 'Kreuzzug für die Menschenrechte', als der er der Weltöffentlichkeit verkauft wurde. Er war durchaus von harten realpolitischen Interessenkalkülen determiniert. Letztere wurden allerdings von den beteiligten Akteuren systematisch hinter den Argumentationswolken universeller Moral verschleiert. Es zeigt sich zum wiederholten Male, dass es unter den Bedingungen medialer Omnipräsenz stets die 'Schlacht der Lügen' ist, die einen Krieg entscheidend prägt".

Die französische Regierung warf im November 1999 "Washington vor, bei der Auswahl der Ziele und dem Einsatz von modernen Waffen im Kosovo-Krieg die Nato-Partner wiederholt nicht informiert und einen 'eigenen Krieg' neben den Einsätzen der Allianz geführt zu haben" (FR, 12.11.99).

Der ehemalige Berater von Ex-Präsident Carter, Zbigniew Brzezinski, meint in seinem Buch "Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft" (Weinheim/Berlin 1997, S. 92): "Tatsache ist schlicht und einfach, daß Westeuropa und zunehmend auch Mitteleuropa ein amerikanisches Protektorat bleiben, dessen alliierte Staaten an Vasallen und Tributpflichtige von einst erinnern".

Da die europäischen Nato- Staaten und die USA sowohl in der Einwohnerzahl (USA: ca. 270 Mio., "Nato-Europa" ca. 300 Mio.) wie auch in der Wirtschaftskraft (Bruttoinlandsprodukte bei je ca. 8 Billionen US-Dollar) nicht sehr differieren, müsste das Verhältnis nicht wie von Brzezinski beschrieben sein. Zur Veränderung bräuchte die europäische Union nicht zwangsläufig den derzeit eingeschlagenen Weg zur eigenständigen militärischen Großmacht nehmen, sondern könnte allein auf Grund ihrer wirtschaftlichen Stärke ein enormes ziviles Potenzial in den internationalen Beziehungen entfalten.

Der in den USA sehr bekannte Schriftsteller Gore Vidal sieht Europa vor einer grundlegenden Herausforderung: "Für die Europäer ist jetzt die Zeit gekommen, sich von ihren amerikanischen Herren zu befreien. Es gibt Momente, wo Imperien ihre Energien verlieren und symbolisch werden" (Die Woche, 17.7.98).

Ein solcher historischer Moment war möglicherweise der 11./12.6.99, die überraschende Besetzung des Flughafens von Pristina durch 200 russische Soldaten, als der britische General Michael Jackson "dem alliierten Oberbefehlshaber General Wesley Clark entgegnete, er sei nicht bereit den Dritten Weltkrieg durch die Eroberung des Flugplatzes und das Werfen der russischen Truppen zu beginnen. Auch nach Billigung des Plans durch das Pentagon teilte er kurz und bündig mit, seine Ansicht würde sich nur ändern, wenn man bereit sei 'ganze Haufen toter Russen in Kauf zu nehmen'. Trotz dieser beharrlichen Befehlsverweigerung hat Jackson sein Kommando immer noch inne, während Clark von der Position des Oberkommandierenden früher als eigentlich geplant abgelöst wurde", berichtete das internationale Militärmagazin "Barett" Nr. 4/99, S.18.

Für das euro-atlantische Verhältnis bleibt weiterhin maßgebend, dass die USA mit ihrem ca. 5/8-Anteil an den Militärausgaben aller Nato-Staaten noch auf längere Zeit ein erdrückendes Übergewicht gegenüber den Europäern mit insgesamt zusammen ca. 3/8-Anteil behalten - und militärtechnologisch weiter davonziehen werden. Von den 50 größten Unternehmen weltweit befanden sich 1999 immerhin 33 in den USA, die zusammen 71,8% der Börsenkapitalisierung der Top-50 hielten. Von den 200 größten multinationalen Konzernen weltweit lagen 1998 74 in den USA, in denen 52,7% aller Gewinne der Top-200 erlöst wurden (Angaben nach "Le Monde Diplomatique", Dez. 1999).

Jürgen Roses Grund-Thesen, die er in seiner sehr lesenswerten Studie "Amerika, das Rom der Moderne?" (hg. in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Wissenschaft und Frieden in Bonn, Juni '99) ausführlicher belegt, hat bereits 1993 der Friedensforscher Alfred Mechttersheimer folgendermaßen beschrieben: "Am 8. März 1992 veröffentlichte die New York Times Auszüge aus einem geheimen Pentagon-Papier, in dem genau das, was Kritiker den USA unterstellt hatten, nun als die amtlichen Ziele der Administration formuliert waren: 'Wir müssen versuchen zu verhüten, dass irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen - unter gefestigter Kontrolle - ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen'. Die angestrebte neue Weltordnung entpuppte sich als ein nationalistisches Machtkonzept. Das Papier, bei dem es sich um den Entwurf einer "Defense Planing Guidance" für die Haushaltsjahre 1994-1999 handelte, liest sich wie eine prophylaktische Kriegserklärung gegenüber potentiellen Konkurrenten: 'Wir müssen unsere Strategie jetzt darauf konzentrieren, dem Aufstieg jedes möglichen Konkurrenten globaler Dimension zuvorzukommen'. In Tokio und Bonn, wo man sich angesprochen fühlte, hatte diese

machtpolitische Offenbarung wie ein Schock gewirkt, was zeigt, dass man auch dort auf die feierlichen Erklärungen von Präsident Bush über die 'neue Weltordnung' hereingefallen war, obwohl dieser bereits am 2. August 1990 in Aspen (Colorado) - wegen des Beginns der Kuwait-Krise von niemand beachtet - erklärt hatte, dass keine Region der Welt von einer Amerika feindlich gesinnten Macht kontrolliert werden dürfe" (in: A. Mechttersheimer, Friedensmacht Deutschland, Frankfurt 1993, S. 58f).

Der US-Politologe und Kriegsforscher Professor Daniel Kolko meinte am 8. Mai 1999 im "Berliner Tagesspiegel": "Bei der Entscheidung der Amerikaner, den Krieg zu führen, spielte die spezielle Situation im Kosovo nur eine untergeordnete Rolle. Für die USA ging es darum, militärische Macht zu demonstrieren und ihre Vormachtstellung in der Nato auszubauen".

Thomas Friedmann, Berater von US-Außenministerin Madeleine Albright, brachte am 28.3.99 in der New York Times die derzeitige US-Politik auf folgenden Punkt: "Damit der Globalismus funktioniert, darf Amerika sich nicht scheuen, als die allmächtige Supermacht aufzutreten, die es ist. Die unsichtbare Hand des Marktes wird nie ohne eine unsichtbare Faust funktionieren. Mc Donald kann nicht ohne den F-15-Konstrukteur Mc Donnell Douglas florieren. Und die unsichtbare Faust, die dafür sorgt, dass die Welt für Silicon Valley Technologien sicher ist, heißt Heer, Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie der USA" (zit. nach: Kosovo, Jugoslawien, Nato, hg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, Köln 1999, S.29f). Für ihre unsichtbare Faust bauen die USA im Kosovo in "ihrem" Sektor derzeit sehr sichtbar ihre größte Luftwaffenbasis in Südeuropa.

Die wichtigsten Kriegsgründe in Kurzform

Nach allen bisher genannten Quellen müssen andere als die von Nato-Seite angegebenen Gründe den Ausschlag für die Bombardierungen gegeben haben. Zu diesen dürften mit unterschiedlichem Gewicht stichwortartig folgende gehören:

1. Testlauf der neuen Nato-Doktrin: Erster Militäreinsatz ohne UN-Mandat
2. Durchsetzung des weltweiten Führungsanspruches der Nato unter US-Führung bei gleichzeitiger Ausschaltung von OSZE und UNO
3. Konkurrenz zwischen USA und Europa, Dollar und Euro; Desintegration Europas durch die USA bei gleichzeitiger Erschwerung bzw. Verhinderung der Zusammenarbeit Berlin-Moskau
4. Sicherung der Existenzberechtigung der Nato und Auslastung der Rüstungskapazitäten

5. Testfall für Krieg der US-Luftwaffe bei scharfer Konkurrenz um Haushaltsmittel zwischen Luftwaffe, Heer und Marine
6. Verhinderung neuer Flüchtlinge und deren Kosten in Westeuropa
7. Möglicher Präzedenzfall für künftige Konflikte im Kaukasus
8. Disziplinierung des Fremdkörpers Serbien als letztes mit Russland und China verbundenes Land in Europa, das sich Globalisierung widersetzt hat
9. Nach Irak-Bombardierung durch Unterstützung der albanischen Muslime neue Pluspunkte in der (ölreichen) arabischen Welt

Bei genauerer Analyse sind beim Jugoslawienbombardement 1999 zwei Kriege zu unterscheiden, die nur begrenzt etwas miteinander zu tun hatten und aus sehr unterschiedlichen Motiven geführt wurden: Der Krieg zwischen serbischer und albanischer Seite und ein sehr komplexer verdeckt geführter Krieg mit unterschiedlichen Teilkonstellationen zwischen den USA, Europa, Russland und China aus geostrategischen Machtüberlegungen.

Zur Rolle der Bündnis-Grünen und der SPD

Altbundeskanzler Helmut Schmidt verurteilte den ersten bundesdeutschen Kriegseinsatz nach 1945 schon zu Beginn unmissverständlich: "Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen missachtet" (FR, 3./4.4.99). Als Bill Clinton der zwar gewählten, aber sich noch nicht im Amt befindenden neuen deutschen Regierung den "Lackmus-Test" der Bündnistreue abverlangte, legte er damit einen friedenspolitischen Sprengsatz an Rot-Grün. Für Gerhard Schröder und Joschka Fischer stellte sich die Frage, einen erheblichen Konflikt mit den USA zu riskieren und damit die Koalition möglicherweise noch vor Amtsantritt platzen zu lassen.

Erich Schmidt-Eenboom, Leiter des Forschungsinstitutes für Friedenspolitik in Weilheim, der insbesondere auch die Rivalitätskämpfe zwischen deutschen und amerikanischen Geheimdiensten bei der Ausstattung der UCK (FR, 25.9.98) untersucht hat, meint: "Ein grünes Parteivolk in diese Hintergründe und die Komplexität der Machtspiele im Kosovokrieg einzuweißen, und dabei in aller Offenheit den Schritt zu einer 'normalen' Partei zu vollziehen, wäre für den Außenminister einem politischen Selbstmord gleichgekommen. ... Rächen könnte sich die Fixierung auf den kategorischen Imperativ eines um jeden Preis Menschlichkeit herbeibombens, wenn die klandestinen Manöver der Beteiligten klarere

Konturen bekommen und unterdrückte Fakten in die Öffentlichkeit brechen" (in: K. Bittermann/T. Deichmann (Hg.), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben, Berlin 1999, S. 112).

Gerhard Schröders Ansicht, dass der Einsatz der Bundeswehr geeignet ist, "die `historische Schuld´ Deutschlands auf dem Balkan verblassen zu lassen" (FR, 24.7.99), muss nach dem hier Dargelegten die Frage entgegengehalten werden, ob das größere Verbrechen dieses Krieges - abgesehen von den jeweiligen Menschenrechtsverletzungen vor Ort - die Nato-Bombardierungen mit ihren furchtbaren Folgen waren oder die aktive Behinderung der OSZE bei einer diplomatischen Lösungssuche vor allem durch die amerikanische Regierung, wobei die OSZE bei Nichtbehinderung möglicherweise die serbisch-albanische Auseinandersetzung ohne Eskalation hätte beilegen können.

Jetzt noch Schlimmeres verhindern

Die Zerstückelung des von Nato- und Nato-Partnerschaft-für-den-Frieden-Staaten umgebenen letzten "Fremdkörpers" Bundesrepublik Jugoslawien ist aus Nato-Sicht noch nicht abgeschlossen. Trotz Einführung der D-Mark ist das Kosovo zumindest offiziell immer noch Teil der Bundesrepublik Jugoslawien. Diese Ungeklärtheit macht nach wie vor beiden Seiten Hoffnungen, wenn auch sehr viel geringere in Belgrad. Eine baldige wirkliche Lösung zu finden, ohne neue Gewalteskalationen auszulösen, wäre eine dringend notwendige Aufgabe. Die Einführung der D-Mark weist schon jetzt deutlich auf die staatliche Eigenständigkeit als vorweggenommene Entscheidung hin - kann aber im Sinne einer langfristigen Friedensordnung in der Region nicht als Stabilitätsfaktor angesehen werden. Wenn im Sommer 2000 die Belgrader Regierung von ihrem vertraglich zugesicherten Recht Gebrauch machen wird, serbische Polizisten zum Schutz ihrer Landsleute ins Kosovo zu entsenden, wird dies vermutlich zu neuen Auseinandersetzungen mit der Nato führen. Eine Klärung dieser Frage ist jetzt herbeizuführen, solange noch kein Zeitdruck besteht.

Nach der Einführung der D-Mark als zweite Parallelwährung auch in Montenegro am 3.11.99 (vgl. FAZ, 18.1.99) stellt sich akut die Frage nach der Zukunft dieser Republik. Nach einer in "Monitor" am 22.4.99 gezeigten US-Militärkarte war Montenegro bereits als eigenständiger Staat eingezeichnet. Für den Fall einer Abtrennung Montenegros ist mit einem weiteren Krieg zu rechnen. Alle Anzeichen deuten derzeit auf Sturm. Im Frühjahr 2000 steht der Region möglicherweise ein neuer Waffengang bevor.

Die Vojvodina mit ihrer ungarischen Minderheit wird wohl aus Rücksicht auf das neue Nato-Mitglied Ungarn noch etwas länger von einer Abtrennung verschont bleiben.

An das Ende dieses Beitrages möchte ich einige Vorschläge stellen, die im Sinne einer Deeskalation der Region sinnvoll wären, derzeit aber noch kaum angepackt wurde. Vor Ort könnten folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

1. Wiedergutmachung der angerichteten Schäden (Gerechtigkeit statt Almosen)
2. Unterstützung der Flüchtlinge (z.B. über Diakonisches Werk und Caritas)
3. Psychosoziale Hilfe für Traumatisierte (z.B. wie Medica in Bosnien)
4. Unterstützung von Friedens- und Menschenrechtsgruppen (z.B. des Balkan Peace Teams)
5. Einrichtung von Wahrheits- und Versöhnungskommissionen (nach südafrikanischem Vorbild)
6. Arbeitsprogramme zur zivilen gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Soldaten
7. Aufhebung der Isolation Serbiens (z.B. durch Aufnahme in die OSZE und Aufhebung des Wirtschaftsembargos)
8. Einrichtung einer Balkan-Konferenz (nach KSZE/OSZE-Vorbild)

In Deutschland sehe ich Handlungsbedarf auf folgenden Arbeitsfeldern:

1. Aufarbeitung des Krieges und Wahrheitssuche
2. Kritischer Dialog mit Presse und Politik
3. Verurteilung aller Kriegsverbrecher (auf albanischer, serbischer und Nato-Seite)
4. Einrichtung einer unabhängigen Informationsstelle für kirchliche und gewerkschaftliche Entscheidungsträger für künftige Krisen und Kriege
5. Unterstützung präventiver Krisen- und Konfliktmaßnahmen (z.B. durch Projekte des Zivilen Friedensdienstes)
6. Partnerschaften zwischen Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen, Städten, Universitäten in Deutschland und in Serbien oder/und Kosovo
7. Erziehung zu Angstfreiheit und Zivilcourage in Familie, Kirche und Schule
8. "Leiden am Wirklichen und Leidenschaft für das Mögliche" (Definition des Begriffs "Hoffnung" von Sören Kierkegaard)

Helmut Schmidt sagte vor einigen Monaten: "Ich bin besorgt, dass die Welt allenthalben aus den Fugen gerät und dass die politische Klasse nicht willens und fähig ist, dem entgegenzusteuern" (zit. nach Dieter S. Lutz, Krieg ist das Versagen der Politiker, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 5/99). Wenn schon die politische Klasse versagt, bleiben hoffentlich andere Akteure wie z.B. internationale Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften oder Kirchen - unterstützt von der Zivilgesellschaft insgesamt - wachsam beim Gegenlenken.

Bibliographie:

Joachim Hösler/Norman Paech/Gerhard Stuby, Der gerechte Krieg? Neue NATO-Strategie, Völkerrecht und Westeuropäisierung des Balkans, Donat-Verlag, Bremen 2000. ·

Klaus Bittermann/Thomas Deichmann (Hg.), Wie Dr. Joseph Fischer lernte, die Bombe zu lieben. Die Grünen, die SPD, die Nato und der Krieg auf dem Balkan, Edition Tiamat, Berlin 1999. ·

Jürgen Elsässer (Hg.), Nie wieder Krieg ohne uns, Hamburg: KVV Konkret 1999 ·

Hannes Hofbauer (Hg.), Balkan-Krieg. Die Zerstörung Jugoslawiens, Wien 1999. ·

Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.), Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen, Papyrossa Verlag, Köln 1999. ·

Winfried Wolf, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1999. ·

U. Cremer / D.S. Lutz (Hg.), Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, Hamburg 1999. ·

T. Schmid (Hg.), Krieg im Kosovo, Rowohlt-Verlag, Reinbek 1999 ·

L. Janus/W. Kurth (Hg.), Psychohistorie, Gruppenphantasien und Krieg, Heidelberg, 2000. (Darin besonders interessant: Winfried Kurth, Psychische Hintergründe der deutschen Beteiligung am Kosovo-Krieg) ·

Das Manuskript der Sendung "Streitkräfte und Strategien" (mit den Aussagen Brigadegeneral Loquais), NDR 4, vom 22.5.99 ist (kostenlos) zu beziehen bei: NDR-Redaktion Sicherheitspolitik, Rothenbaumchaussee 132-134, 20149 Hamburg, Fax: 040-447602 ·

Das Manuskript der Sendung "Kritisches Tagebuch, WDR 3, vom 10.11.99 (Das Gerücht als Waffe - Die Rolle der Medien im Kosovo-Krieg) ist (kostenlos) erhältlich bei: WDR 3, Appellhofplatz 1, Postfach 101950, 50600 Köln, Fax: 0221-220-4800. ·

Die vollständigen Interviews mit Willy Wimmer, Johan Galtung und Wolfgang Petritsch sowie der Brief von Dieter Lutz an Erhard Eppler und der BZ-Beitrag von Jürgen Rose können gegen Vorabzusendung von Briefmarken im Wert von 3.- DM bei Clemens Ronnefeldt angefordert werden.

Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim internationalen Versöhnungsbund-deutscher Zweig, Dorfstr. 3, D-56288 Krastel, Tel. 06762-2962, Fax: 06762-950511

E-Mail: BuC.Ronnefeldt@t-online.de;

homepage: <http://www.versoehnungsbund.de/>